

Interview mit Herrn Matthias Berger (Freie Wähler SN)

Peer Oehler führte das Interview für die Deutsche Polizei.

DP: Die GdP hat beschlossen, mit den Parteien ein Interview zu führen, die im Sächsischen Landtag oder Bundestag mit Abgeordneten vertreten sind. Da fielen Sie raus. Jetzt haben die Freien Wähler ein Listenmitglied für ihren Landtagswahlkampf als „Fraktionswechsler“ im Sächsischen Landtag sitzen und schon können wir miteinander reden. Das war, glaube ich, auch Ihr Wunsch?

M. Berger: Ja. Und ich freue mich, dass es mit dem Gespräch klappt.

DP: Die Freien Wähler wollen die Wähler abschöpfen, die nicht parteigebunden sind und trotzdem zur Wahl gehen wollen. Guter Plan. Aber jetzt kommen Werteunion, BSW und Bündnis Deutschland um die Ecke. Konkurrenz?

M. Berger: Konkurrenz belebt das Geschäft. In der jetzigen gesellschaftlichen Situation kann politische Vielfalt nur gut tun. Es gibt eine große Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Die klassischen, auf dem „politischen Markt“ befindlichen Parteien haben ausgedient. In Sachsen haben wir die besondere Situation, dass 80 % der Bevölkerung konservativ sind, sich aber mit diesen konservativen Werten bei der CDU nicht mehr aufgehoben fühlen, weil die CDU im Interesse des eigenen Machterhaltes sich mit jedem, zurzeit eben Rot-Grün, einlässt. Ich bin mir sicher, dass die CDU sogar mit dem BSW gemeinsame Sache machen würde, obwohl diese letztendlich auch bloß eine Linke 2.0 ist. Wir Freie Wähler sind anders aufgestellt. Wir begreifen uns als Team und sind nicht auf eine einzelne

Person fixiert. Wir begreifen uns als Bürgerbewegung, die ihre Basis im Kommunalen hat. Unser Ziel ist klar: Wir wollen eine konservativ-bürgerliche Regierung in Sachsen, und jedem, der CDU wählt, muss bewusst sein, dass er letztendlich Rot-Grün bekommen wird. Wir Freien Wähler sind der Garant dafür, dass es in Sachsen wieder eine konservativ-bürgerliche Regierung geben wird.



DP: Warum haben die aus den 80er- und 90er-Jahren stammenden Parteien so an Akzeptanz bei den Wählern verloren?

M. Berger: Ich denke, alles hat seine Zeit. Die Altparteien haben sich verbraucht und zu lange in sich selbst gelebt. In dieser Blase wurde auch nicht gerade eine geistige Elite großgezogen. Nur weil jemand Plakate geklebt hat oder fünfmal, in der Regel erfolglos, für seine Partei einen Wahlkampf geführt hat, sollte er keinen Posten bekommen, für den er rein fachlich und persönlich nicht geeignet ist.

DP: Spiegelt die Zerrissenheit zwischen dem etablierten Parteienwesen und allen bisher nicht so Etablierten auch die Zerrissenheit der Gesellschaft wider?

M. Berger: Mit Sicherheit. Leider erschöpft sich der Wahlkampf bei den etablierten Parteien darin, regelmäßig gemeinsam die AfD anzugreifen und zu dis-

kreditieren. Auf Dauer ersetzt das jedoch ein auf die Zukunft gerichtetes eigenes Parteiprogramm eben nicht. Genau genommen offenbart dieses Verhalten, dass die Altparteien keine Antworten mehr auf die Fragen der Zeit haben. Die Stärke der AfD ist das Spiegelbild der Schwäche der jetzigen Parteien. Man hätte die AfD viel eher inhaltlich stellen können, Dinge ausdiskutieren müssen, das ist ja auch letztendlich Sinn der Politik, ein Wettbewerb um die besten Ideen.

DP: Die Stärke der Rechten ist das Ergebnis des Versagens der Mitte und der Weltfremdheit der Linken?

M. Berger: Genau so. Ich bin nun seit 23 Jahren Oberbürgermeister in Grimma. Dabei ist mir das linke Spektrum nicht dadurch aufgefallen, besonders sachlich und kreativ zu sein. Die Linken fielen mir eher durch eine ideologische Überheblichkeit und daraus resultierend durch oft sehr unschöne Aktionen auf. Daran, dass die Diskussionskultur in unserem Land so verroht ist, haben die Linken einen großen Anteil. Die extremen Rechten, welche sicher nicht minder gefährlich sind, fielen mir nicht so auf. In der Regel gerieten diese immer nur in die Medien, wenn es große linke Aufmärsche gegen das Agieren der Rechten gab. Aber das alleinige Gegen-rechts-Sein ersetzt eben auch kein attraktives Wahlprogramm für die Linken. Gute Politik ist mehr als gegen rechts zu sein.

DP: Wie kriegen wir diese Gesellschaft wieder zusammen?

M. Berger: Ich glaube nicht, dass die AfD bei der breiten Bevölkerung als echte Al-



Landtagswahlen in Sachsen

Foto: GfP/ZN

ternative gesehen wird. Aus dem Wahlzettel ist eher ein Denkkzettel geworden. Die Menschen erwarten, dass die Politik sich mit den Sorgen und Nöten der Bevölkerung auseinandersetzt. In unserem Land gibt es tausend Dinge, die nicht mehr funktionieren. Das Gesundheitswesen, die Bildung, die innere und äußere Sicherheit, die Finanzen. Genau genommen entwickelt sich unser Land auf Bundes- und auf Landesebene dramatisch rückwärts. Wir befinden uns finanziell an einem Abgrund. Statt diese Dinge beherzt strukturiert anzufassen, wird über Cannabislegalisierung, Gendern geschwafelt und sogar Cityroller und Lastenfahräder als Lösung für den öffentlichen Nahverkehr verkauft.

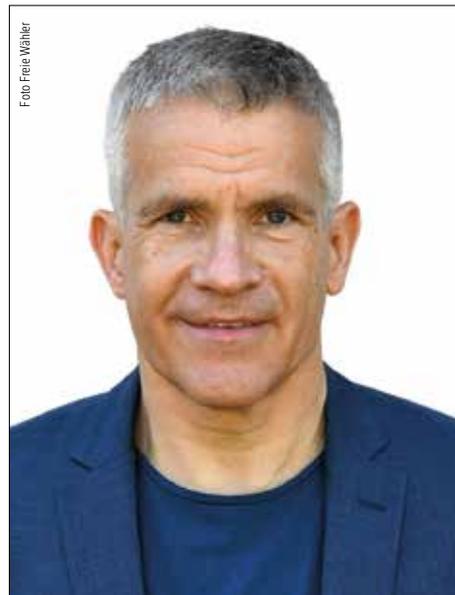
DP: Mit etwas Fortune sind die Freien Wähler das Zünglein an der Waage, um sächsische Regierungspolitik mitzugestalten. Ich nehme den Satz auf „Finanziell befinden wir uns am Abgrund.“ Was kann man denn gestalten, wenn man pleite ist?

M. Berger: Den aus meiner Sicht unausweichlichen finanziellen Kollaps unseres Staates hatte ich einmal öffentlich erwähnt. Daraufhin wurde mir vom MDR das Zitat eines Wirtschaftsprofessors entgegengehalten, welcher der Meinung war, dass „ein Staat, solange er Geld drucken kann, nicht pleite ist“. Das klingt grotesk, aber es ist sogar ein Körnchen Wahrheit dran. Geld ist ja eigentlich bloß der Glaube an das bunt bedruckte Papier. Die Frage ist nur, wie lange der Glaube daran bei der Bevölkerung noch hält, oder ob nicht zum Schluss eine Inflation die Finanzpolitik vom „Doppelwumms“ und Sondervermögen auffliegen lässt. Zum Schluss ist es so, dass man sich einfach erst mal ehrlich klarmacht: Wo wollen wir als Gesellschaft hin? Was können wir uns überhaupt noch leisten? Ein schönes Beispiel ist das Migrationschaos. Wir wollen die ganze Welt retten und kriegen das eigene Land schon nicht mehr in den Griff, weil alle Ressourcen eben endlich sind.

Ich habe als Oberbürgermeister sehr gute Erfahrungen mit klaren Verantwortlichkeiten und Vorgaben gemacht. Aus meiner Sicht ist es völlig unsinnig, dass von den 418 Kommunen jede hier mit ei-

ner eigenen Software arbeitet. Da muss es einheitliche Vorgaben geben. Die müssen sich hinziehen vom Innenministerium bis zur letzten Kommune. Das muss alles einheitlich funktionieren!

DP: Wenn der Sächsische Städte- und Gemeindetag und der Landkreistag sich darauf verständigen, ist das bestimmt kein Problem.



Matthias Berger

M. Berger: Entscheidend für eine funktionierende Verwaltung sind klare Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten, kurze Hierarchien. Es ist entgegen jeder Behauptung alles immer noch mehr bürokratisiert worden. Wahrscheinlich würde man in Sachsen mit der Hälfte der Verwaltung genauso gut klarkommen, wenn man es einfach mal ordentlich gliedern würde. Ich selbst musste die dilettantisch durchgeführte Kreisgebietsreform von 2008 miterleben, in deren Folge in Größenordnungen überflüssige Landesbeamte an die kommunale Ebene abgeschoben wurden. Die Kosten hierfür trug zum größten Teil die kommunale Ebene. Das Ziel waren damals 70.000 sächsische Staatsbeschäftigte. Jetzt marschieren wir hier straff auf 100.000 zu.

DP: Jetzt bin ich in einem Zwiespalt. Ich verstehe beim Hören, dass der Marsch in Richtung der 100.000 säch-

sischen Staatsbeschäftigten nicht mehr finanzierbar sein könnte. Aber trotzdem sehe ich eine Fachkommission zur Bestimmung des Personalbedarfs für die sächsische Polizei, die sagt, wir bräuchten gemessen an der Aufgabe einen personellen Aufwuchs. Haben wir einen Konsens bei der Formel, das Personal wird durch die Aufgabe bestimmt?

M. Berger: Ich kenne die Ergebnisse der Fachkommission nicht. Das Thema ist sehr komplex und man sollte sehr überlegt handeln. Deshalb bin ich entsetzt, wenn ich das wahlkampfbedingte Schwadronieren des Ministerpräsidenten zum Thema eigene Grenzkontrollen höre. Bezeichnenderweise werden wir Näheres dazu erst nach der Wahl erfahren. Solche politischen Schnellschüsse helfen uns nicht weiter, stattdessen sollte man über eine Erweiterung der Fahndungskomponenten nachdenken.

DP: Das heißt, wenn wir eine Ungleichheit zwischen dem Personalbestand und den Aufgaben haben, gibt es die Möglichkeit, einfach weiterzumachen, die Personalstärke den Aufgaben anzupassen oder die Aufgaben dem Personal anzupassen? Was würden die Freien Wähler machen?

M. Berger: Vor allem steht eine Aufgabenkritik. Wir befinden uns in einer finanziell dermaßen dramatischen Lage, dass alles hinterfragt werden muss. Es gilt der alte Grundsatz: Wer nicht handelt, wird behandelt. Entweder wir packen Veränderungen jetzt an oder wir werden demnächst durch die Umstände dazu gezwungen sein.

DP: Alte Zöpfe abschneiden und mit Traditionen aufräumen, könnte also die Verwaltung entschlacken. Wir gehen als GdP mit einem Vorschlag voran und sagen, dieser ganze Verwaltungswust rund um Beförderungen, Wartezeiten und Ähnliches bindet so viel Verwaltungskraft, dass wir besser kommen, wenn wir von vornherein eine Bezahlung nach Dienstposten machen, die es faktisch bei der Bundeswehr gibt. Das würde eine Änderung

Landtagswahlen in Sachsen



des Besoldungsrechtes bedeuten, da würden wir gerne mitarbeiten. Die Freien Wähler auch?

M. Berger: Das macht sicher Sinn und wäre eine Überlegung wert. Ich selbst hatte einmal ein Erlebnis, welches mir bis heute nachgeht. Im Zuge eines polizeilich absolut korrekten Einsatzes gegen einen renitenten Bürger, bei welchem ich persönlich vor Ort war, erstattete dieser völlig unge rechtfertigt im Nachgang gegen einen der Polizisten Anzeige. Ich hatte mich damals dankend an den Vorgesetzten der Polizisten gewandt, worauf dieser mir zu meiner großen Überraschung mitteilte, dass die Polizisten nun mit einer Beförderungssperre belegt worden seien, bis der Vorgang abgeschlossen ist. Eine Unschuldsvermutung zugunsten des Polizisten gab es offensichtlich nicht. Ich konnte das damals nicht fassen, habe mich auch weitergewandt, leider ohne Erfolg. Ein Polizist, der so etwas erlebt, muss doch das Gefühl haben, dass der Staat, seine Vorgesetzten, nicht hinter ihm stehen. Ich glaube, das Wichtigste, was wir als Politik tun können, ist den Polizisten, der Polizei das Gefühl zu vermitteln, auf deren Seite zu stehen. Ich glaube, DAS ist was ganz Wichtiges.

DP: Das ist auch Teil unserer Forderungen, dass Beförderungen durch eingeleitete Disziplinarverfahren nicht automatisch gehemmt werden. Das Ganze trägt, wenn es falsch gemacht wird, dazu bei, dass der Beruf unattraktiv wirkt und sich keiner in diesem Beruf aufgehoben fühlt. Insgesamt haben wir ja das Problem, dass sich in einer immer geringer werdenden Anzahl von Nachwuchskräften in Handwerk, Industrie und öffentlichem Dienst jeder gleichzeitig profilieren will, und die Kraft des Nachwuchses wird nicht ausreichen

für alle drei. Erste Frage: Wie soll denn die Verteilung aussehen in der Gesellschaft zwischen unserem Nachwuchs? Hat der öffentliche Dienst Vorrang oder das Handwerk oder die Industrie? Für alle wird es nicht reichen.

M. Berger: Wie immer im Leben kommt es auf ein ausgewogenes Verhältnis an. Ich glaube aber, dass nicht die Bezahlung im Vordergrund steht. Wenn es für die Polizei, aber auch die Bundeswehr aus der Gesellschaft heraus eine andere Wertschätzung gibt, dann macht das diesen Beruf viel attraktiver. Und wenn einem Uniformträger zugerufen wird „Du bist ein Kriegerstreiber! Du bist ein potenzieller Mörder!“ und dies von den Gerichten als von der Meinungsfreiheit gedeckt akzeptiert wird, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass keiner mehr zur Bundeswehr gehen will.

DP: Die Ausgewogenheit der Verteilung zwischen allen, die einen Anspruch haben, Industrie, Handwerk, öffentlicher Dienst, ist logisch, löst aber das arithmetische Problem nicht. Der Polizei-Hauptpersonalrat hat den Vorschlag gemacht, sich um europäische Bewerber, auch für die sächsische Polizei, zu bemühen.

M. Berger: Ich sehe das relativ entspannt. Ich denke, die Integration von europäischen Bewerbern dürfte jetzt schon rechtlich möglich sein. Selbst für die Polizei ergeben sich dadurch Chancen. Ich denke, mit entsprechenden Hintergründen haben diese Leute aus anderen Kulturkreisen vielleicht auch Zugang zu gewissen Milieus, zu denen vielleicht ein klassischer Deutscher keinen Zugang findet.

DP: Das alles ist noch Zukunftsmusik, aber das Stichwort Zukunft soll das In-

terview auch beenden. Die Freien Wähler ziehen in den Sächsischen Landtag ein. Sie sind das Zünglein an der Waage und sie arbeiten mit an einem Koalitionsvertrag. Welche Punkte in Bezug auf die Zukunft der sächsischen Polizei wären die Schwerpunkte?

M. Berger: Ich würde versuchen, unsere Leitlinien wie ehrlich, modern, konservativ mit einfließen zu lassen. Modern und konservativ zu sein, ist kein Widerspruch. Dinge wie Leistung, Familie müssen wieder in den Vordergrund unseres Handelns rücken. Und unseren sächsischen Polizistinnen und Polizisten müsste wieder das Gefühl gegeben werden, dass die gesamte Politik uneingeschränkt hinter ihnen steht.

DP: Dieses Bekenntnis eignet sich für ein Schlusswort. Vielen Dank.

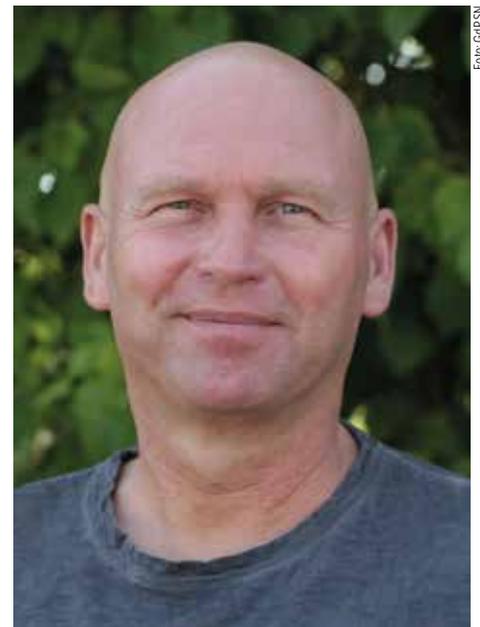


Foto: GdP/SPN

GLV-Mitglied Peer Oehler

DP – Deutsche Polizei
Sachsen

Geschäftsstelle
Sachsenallee 16, 01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 687-13
Telefax: (035204) 687-50
www.gdp-sachsen.de
service@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Mike Pfützner (V.i.S.d.P.)
Sachsenallee 16,
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68713
Telefax: (035204) 68750
Redaktion@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 687-14
Telefax: (035204) 687-18
www.psw-service.de
psw@psw-service.de



**Gewerkschaft
der Polizei**
Sachsen

Auswertung des 1. Malwettbewerb für Kinder

Hallo Ihr kleinen und großen Künstler,

hiermit möchten wir uns bei Euch, für eure Teilnahme an unserem 1. Malwettbewerb zum Thema „Polizei zur Frühlingszeit“, bedanken. Wir hoffen, dass wir Eure Zeit zu Hause etwas verschönern und Euren Eltern etwas mehr Zeit, für andere Dinge, verschaffen konnten.

Einsendeschluss hierfür war der 15. Juni 2024. Die Auswertung der Bilder fand am 17. Juni 2024 in unserer Geschäftsstelle in Kesselsdorf statt. Insgesamt waren 62 Bilder aus drei Bundesländern eingegangen. Kinder im Alter von 2 bis 12 Jahren haben uns ihre Bilder gesendet. Von Bleistiftzeichnungen über mit Wachsmalstiften gestaltete Bilder – es sind viele schöne, Ergebnisse dabei. Wir haben nicht mit so vielen tollen „Kunstwerken“, von Euch allen, gerechnet. Das ist wirklich große Klasse.

Unserer Jury fiel die Entscheidung nicht leicht und für uns seid Ihr alle Gewinner. Trotzdem mussten wir die 3 Besten prämiieren. Alle Künstler haben in den vergangenen Tagen Post von uns, mit einer kleinen Überraschung, erhalten. Die Gewinner können sich über einen Fußball der Europameisterschaft für den 1. Platz, ein Maskottchen der Europameisterschaft für den 2. Platz und ein Polizei-Teddy für den 3. Platz, sowie über weitere kleine GdP Goodies freuen. Alle eingesendeten Bilder werden wir zu einem Familienkalender 2025 zusammenfügen und euch gegen Ende diesen Jahres an eure angegebene Adresse senden. Außerdem werden die Bilder nacheinander in unserer Geschäftsstelle ausgestellt.

Hier folgen nun unsere 3 Gewinnerbilder:

Herzlichen Glückwunsch!

1. Platz
Fabienne W., 12 Jahre



2. Platz
Elias M., 7 Jahre



3. Platz
Hugo Bruno S., 3 Jahre



Vielen Dank an alle kleinen und großen Künstler, Ihr habt uns echt beeindruckt. Bei den vielen bunten Ideen fiel die Auswahl nicht leicht!





PVAG
Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON



Gewerkschaft
der Polizei

SIGNAL IDUNA



Foto:
PVAG

Hätte, hätte ...? Wer kennt es nicht!

Vermögensaufbau trotz Preissteigerungen an jeder Ecke, die Familie gegen alle Eventualitäten absichern, sich mit Dingen beschäftigen, die noch weit weg scheinen ... Das Thema VORSORGE wächst einem manchmal schlicht über den Kopf! Doch: Wenn Sie so früh wie möglich beginnen, können Sie schrittweise Maßnahmen treffen und Geld für später anlegen. Bevor Sie denken „Hätte ich mal ...“.

Fangen Sie zum Beispiel mit den vermögenswirksamen Leistungen an. Ihr Arbeitgeber, der Freistaat Sachsen, beteiligt sich sogar daran, und staatliche Förderungen gibt es auch noch. Seit dem 1. Januar 2024 haben sich die Einkommensgrenzen für die Arbeitnehmersparzulage erhöht.

Alleinstehende erhalten den Zuschuss bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 40.000 Euro statt vorher 17.900 Euro, für gemeinsam veranlagte Ehepaare und eingetragene Lebenspartnerschaften

wurde die Einkommensgrenze von 35.800 Euro auf 80.000 Euro angehoben.

Sie können für die vermögenswirksamen Leistungen zwischen zwei Anlagevarianten wählen. Die Arbeitnehmersparzulage beträgt beim VL-Fondssparen 20 Prozent auf maximal 400 Euro (Alleinstehende) bzw. 800 Euro (gemeinsam veranlagte Ehepaare und eingetragene Lebenspartnerschaften) und 9 Prozent beim Bausparen auf einen geförderten Höchstbetrag von jährlich 470 Euro bzw. 940 Euro.

Gerade für unsere neuen Beamtenanwärter und Beamtenanwärterinnen ist das eine schöne Möglichkeit, mit dem Vermögensaufbau anzufangen. Jeder hat Wünsche.

Egal ob es eine neue oder die erste Wohnung ist, ein neues Auto, Reisen oder der Wunsch, sich als Rentner oder Pensionär finanziell nicht einschränken zu müssen oder sogar eher in Rente oder Pension zu gehen: Die Wünsche sind vielfältig.

Wer zum Beispiel als Beamtenanwärter oder Beamtenanwärterin 40 Euro monatlich vermögenswirksame Leistungen bis zur Pensionierung (42 Jahre Laufzeit) ohne Verfügungen bei einer angenommenen Rendite von 6,5 Prozent spart, hat mit Pensionseintritt ca. 95.000 Euro zur Verfügung.

Ihr seht, man kann mit wenig Aufwand über längere Zeiten leicht ein Vermögen aufbauen. Und wer weniger Zeit hat, muss monatlich etwas mehr aufwenden.

Lasst uns gemeinsam aus Wünschen Ziele machen.

Eure GdP-Versorgungsberater der SIGNAL IDUNA/PVAG

Ausflug unserer Seniorengruppe der BG PD Leipzig zur Polizeifachhochschule Dommitzsch und in die Renaissancestadt Torgau

Thomas Pfeffer

In diesem Jahr stand der Besuch der Außenstelle der Polizeifachhochschule (PolFH) Dommitzsch sowie die Besichtigung der historischen Stadt Torgau auf dem Programm. Die Teilnehmer/innen erwartete ein spannender Tag mit interessanten Einblicken.

Dommitzsch: ein Blick hinter die Kulissen der Polizeifachhochschule. Nach einer nahezu pünktlichen Abfahrt mit dem Bus erreichten wir die Außenstelle der PolFH in Dommitzsch. Dort empfing uns der stellvertretende Leiter der Außenstelle zu einem kurzen Vortrag. Anschließend führte er uns durch die verschiedenen Fachkabinette. Wir hatten die Gelegenheit, das Führungs- und Lagezentrum zu besichtigen und uns mit der aktuellen Funktechnik der Polizei vertraut zu machen. Auch ein Abstecher ins Fernsehstudio durfte nicht fehlen. Zum Abschluss erkundeten wir die historische Sammlung von Funktechnik aus vergangenen Jahren.

Für viele von uns war der Besuch in Dommitzsch eine Reise in die Vergangenheit. Eini-



Foto: GdPSN, BGL

ge hatten hier ihre Grundausbildung für den Polizeidienst begonnen. In lebhaften Gesprächen tauschten wir Erinnerungen aus, während wir die gut erhaltenen Gebäude erkundeten – nur der legendäre Teich fehlte leider. Nach der Besichtigung stärkten wir uns beim Mittagessen, bevor es weiter nach Torgau ging.

Torgau: eine Stadt mit bewegter Geschichte. In Torgau erwartete uns eine fachkundige Stadtführung. Wir erfuhren viel über die Geschichte dieser Renaissancestadt, die einst Residenzstadt der sächsi-

schen Kurfürsten war. Die beeindruckende Architektur und die historischen Plätze ließen uns eintauchen in vergangene Zeiten.

Gemütlicher Abschluss im Rasthof Doberschütz. Auf der letzten Etappe unserer Tour ging es etwas gemächlicher zu. Im Rasthof

Doberschütz genossen wir Kaffee und leckere Kuchen. Hier tauschten wir unsere Eindrücke aus und ließen den Tag Revue passieren.

Fazit: ein gelungener Ausflug. Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern hat der Ausflug gut gefallen. Es gab keine Beschwerden, und bereits für das nächste Jahr ist eine ähnliche Fahrt geplant. Ein herzliches Dankeschön geht an die Organisatoren, insbesondere an die Kollegen Andreas Steinecke und Gerd Lenz. ■



Die Inklusionsvereinbarung der Polizei steht – und nun?

Anja Weise

Nachdem am 17. April 2024 die neue Inklusionsvereinbarung unterschrieben wurde (wir berichteten bereits), kommt jetzt weitere Bewegung in das Thema Inklusion.

Vom 26. bis 27. Juni 2024 wurde ein erstes Seminar für die Inklusionsbeauftragten der Dienststellen und Einrichtungen der sächsischen Polizei organisiert. An diesem nahmen auch die Schwerbehindertenvertrauenspersonen der sächsischen Polizei teil, Veranstaltungsort war das Ausbildungszentrum in Bobritzsch. Die Hauptvertrauensperson, Herrn

Steffen Kutschera, gewann für diese Veranstaltung Frau Silvia Bohnert, die Hauptvertrauensperson der Bundespolizei, als Referentin.

Sehr anschaulich wurden die Aufgaben und Haftung der Inklusionsbeauftragten dargestellt und erklärt. Anfängliche Befürchtungen, Bedenken und Fragen wurden diskutiert und zufriedenstellend beantwortet.

Zuständigkeiten, wie auch die Weisungs- und Entscheidungskompetenzen, wurden klar abgesteckt.

Auch wenn noch nicht alle Dienststellen Inklusionsbeauftragte bestellen (gesetzliche Verpflichtung nach § 181 SGB IX) und/oder entsandten, war das Seminar ein erster guter Schritt in die richtige Richtung und soll entsprechend vertiefend fortgesetzt werden.

Als wichtig und sinnvoll erachtet wurde die Knüpfung eines Netzwerks der Inklusionsbeauftragten. Dieses würde allen Inklusionsbeauftragten helfen, aufkommende Fragen zur Funktion oder aus der Wahrnehmung heraus gemeinsam und auf kurzem Weg zu diskutieren sowie Erfahrungen auszutauschen. Seitens der Hauptschwerbehindertenvertretung der Polizei wird ein zweites, vertiefendes Seminar angestrebt, welches auf der Vermittlung des Basiswissens aufbauen soll. Ein großes Dankeschön an die Organisatoren und Verantwortlichen und hoffentlich bis bald. ■



Foto: Pol SN



Inklusionsbeauftragte

Die 13 **W**-Fragen der Inklusionsbeauftragten

1. **Was** ist Inklusion - Zahlen # Daten # Fakten?
2. **Welche** Pflichten und welche Haftung hat der Arbeitgeber?
3. **Warum** gibt es Inklusionsbeauftragte?
4. **Wie** erfolgt die Beauftragung?
5. **Wann** haften Inklusionsbeauftragte?
6. **Wo # Wie viele** Inklusionsbeauftragte gibt es ?
7. **Wer** wird durch die Inklusionsbeauftragten unterstützt?
8. **Was** sind ihre konkreten Aufgaben?
9. **Welche** Kompetenzen # Fähigkeiten sind sinnvoll ?
10. **Wie** sind Zeiteinsatz und Bewertung zu bemessen?
11. **Wo** sollte die organisatorische Anbindung erfolgen?
12. **Wer** ist Partner der Inklusionsbeauftragten ?
13. **Welche** Fortbildungsmaßnahmen sind geeignet?



Grafik: Pol Bund

WICHTIGE INFORMATION

Beitragserhöhung ab 1. Oktober 2024 für GdP-Mitglieder

Thomas Pfeil

Landeskassierer

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie Sie wissen, haben die Tarifparteien im öffentlichen Dienst am 9. Dezember 2023 ein Ergebnis für die dritte Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder erzielt. Dies hat zur Folge, dass auch die Besoldungen und Gehälter der Tarifbeschäftigten und Beamten bei der Polizei ab Dezember 2023 gestiegen sind.

Um die Mehrkosten für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) decken zu können, müssen wir leider auch die Mitgliedsbeiträge anpassen. Die genauen Beitragssätze für Tarifbeschäftigte und Beamte werden wir Ihnen in Kürze auf der Internetseite der GdP Sachsen veröffentlichen.

Wir wissen, dass diese Beitragserhöhung für Sie eine zusätzliche Belastung darstellt. Sie ist jedoch notwendig, um die wichtige Arbeit der GdP weiterhin zu gewährleisten. Die GdP setzt sich dafür ein, Ihre Interessen als Polizeibeamte und Tarifbeschäftigte in der Polizei bestmöglich zu vertreten. Dazu gehört auch die Forderung nach einer angemessenen Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen. Die GdP hat sich mit Erfolg in den vergangenen Verhandlungen für eine deutliche Erhöhung der Gehälter eingesetzt.

Mit Ihrer Unterstützung können wir noch mehr erreichen. Bei weiteren Fragen steht Ihnen die GdP-Geschäftsstelle gerne zur Verfügung. ■

Redaktionsschluss

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen war für September der 29. Juli 2024, ist für Oktober 2024 der 26. August 2024 und für November 2024 der 23. September 2024.

Hinweise:

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung, den Zeitpunkt der Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel / Leserbriefe stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion



INFO-DREI

Einstellungszahlen der Polizei in ...

... Thüringen

Die Thüringer Polizei hat sich wieder vermehrt dem Thema Nachwuchsgewinnung gewidmet. Lagen die Bewerberzahlen für das Jahr 2016 noch bei 1.231 (Abiturienten/Fachhochschulreife) und 847 (Mittlere Reife/Hauptschulabschluss mit Berufsausbildung) konnten fünf Jahre später nur noch 840 bzw. 700 Bewerber gezählt werden. Neben den sinkenden Bewerberzahlen verstetigte sich seit jeher der Umstand, dass das Ausbildungsziel bzw. das Studium für ca. 30 % der Anwärter nicht in der Regelzeit von zwei oder drei Jahren (mittlerer/gehobener Dienst) zu erreichen war. Entsprechende Nachprüfungen, Rückstellungen bis hin zu Entlassungen nach Nichtbestehen waren die Folge. Um dem Personalbedarf infolge der Pensionierungswelle in der Thüringer Polizei und den gewonnenen Erfahrungen zu den Bewerberzahlen und den beachtlichen Zahlen deren, die das Ausbildungsziel gar nicht erreichen, entgegenzuwirken, forderte die GdP die Landesregierung auf, die Einstellungszahlen auf jährlich mindestens 300 zu erhöhen. Wir fanden Gehör! Seit dem Einstellungsjahrgang 2023 kann auf ein professionelles Bewerbermanagementsystem zurückgegriffen werden. Damit konnten nicht nur der Bewerbungsprozess digitalisiert, zeitgemäß und deutlich attraktiver gestaltet, sondern auch verwaltungsinterne Arbeitsabläufe verbessert werden. Es bleibt die Forderung, die für die Nachwuchsgewinnung vorübergehend gewonnenen Kolleginnen und Kollegen als Einstellungsberater*innen dauerhaft in der Thüringer Polizei zu etablieren und die Professionalisierung der Einstellungsbemühungen fortzusetzen. Das heißt, es müssen entsprechende Planstellen bereitgestellt werden, damit die originären Aufgaben dieser Beschäftigten weiterhin erfüllt werden können. Mit Stand 17. Mai 2024 erwartet die Thüringer Polizei vorbehaltlich des Bestehens des Ausbildungszieles 271 Absolventen für den aktiven Dienst.

Marko Dähne

... Sachsen

Jeweils zum 1. September werden in der sächsischen Polizei die Anwärter für die LG 1.2 eingestellt. Die Zahlen schwanken seit 2015 zwischen 300 und 550 Azubis. Stellt man die Einstellungszahl der Absolventenzahl gegenüber, ist erkennbar, dass in den Jahren 2018 bis 2023 ca. 80 % ihre Ausbildung in der regulären Zeit von 30 Monaten erfolgreich beendeten. Anwärter, die ihre Ausbildung aus verschiedensten Gründen verlängern, treten ihren Dienst nicht zum Stichtag 1. März, sondern später an. Die Ursachen für ein Ausscheiden aus der Ausbildung sind vielfältig. Einige beenden ihre Ausbildung, weil sie die Zwischen- oder Laufbahnprüfung nicht bestehen und werden kraft Gesetz entlassen. Andere wiederum wechseln zum Studium. Eine geringe Zahl von Azubis wird wegen Strafverfahren bzw. Disziplinarverfahren entlassen. Es gibt aber auch Azubis, die während des Vorbereitungsdienstes erkennen, dass die Entscheidung zum Polizeiberuf für sie nicht die Richtige war, und stellen einen Antrag auf Entlassung. Die größten Verluste waren in den Jahrgängen der verkürzten Ausbildung (ehemalige Wachpolizisten) zu verzeichnen. Dort erreichten ca. 25 % das Ziel zum regulären Stichtag nicht.

Zum 1. Oktober eines jeden Jahres folgt die Einstellung der Anwärter der Laufbahngruppe 2.1. Die Einstellungszahl für das Studium ist jährlich auf 150 festgelegt. In den letzten sechs Jahren beendeten mehr als 85 % der PKA ihren Vorbereitungsdienst innerhalb der regulären Studienzeit von 36 Monaten. Auch hier sind die Gründe des Ausscheidens verschieden, wobei das Nichtbestehen einzelner Prüfungsmodule den Hauptgrund darstellt. Aufstiegsbeamte, welche ihr Studium abbrechen oder nicht bestehen, bleiben der sächsischen Polizei erhalten. Mit Blick auf die Verlustzahlen ist es fraglich, ob die zukünftigen Einstellungszahlen ausreichen. Für 2024 sind 300 PMA für die Ausbildung und 150 PKA für das Studium vorgesehen.

GdP Sachsen

... Sachsen-Anhalt

Eins vorneweg, die Regierung hat sich bis Ende der Koalitionsphase, somit bis Ende 2026, das Ziel von 7.000 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte (PVB) gesetzt. Doch ist das tatsächlich erreichbar? Die GdP sagt: derzeit nein. Zugegeben, es wird sehr viel versucht, diese Zahlen auch tatsächlich zu erreichen. Die Einstellungszahlen der letzten Jahre haben sich deutlich erhöht. 2017 beginnend wurde dies einmalig sogar mit 687, folgend mit erhöhten Zahlen, 2023 und 2024 dann erneut mit Einstellungszahlen von je 550 Anwärterinnen und Anwärter vorangetrieben. Dies sollte eigentlich ein Erfolgsgarant für die Erreichung des Ziels werden. Standen Ende 2018 doch nur noch ca. 5.800 PVB zur Verfügung, sind es mittlerweile ca. 6.350 PVB. Doch keine Rechnung ohne die unbekannteren Bekannten. Hohe Altersabgänge zwischen 200 und 300 PVB sind noch kalkulierbar, hat man ja auch die Lösung der freiwilligen Verlängerung gefunden. Was jedoch schwer zu kalkulieren ist, ist die Gewinnung von Nachwuchskräften, die mühsam zu generieren sind. Konkurrenzkampf um „Fachkräfte“ betrifft eben nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Polizei, gerade dann, wenn alle Polizeien und der Bund neuen Nachwuchs gewinnen müssen. Da gilt es Ideen zu finden, Nachwuchskampagnen aufzulegen. Die Bewerberzahlen bleiben aber, aufgrund der geschilderten Situation und sicher auch geschuldet den nicht rosigen Aussichten in der Polizei, hinter den Erwartungen zurück. So müssen zwischenzeitlich nahezu alle zur Ausbildung und Studium zugelassen werden, die die Voraussetzungen der Einstellungskriterien erfüllen. So ist es dann kein Wunder, wenn sich im weiteren Verlauf der Ausbildung und des Studiums nur die durchsetzen können, die das tatsächliche Potenzial haben. Das heißt aber eben auch Abbrecherquoten von teilweise über 20 bis 23 Prozent, die vorher nicht einkalkuliert waren.

Uwe Bachmann